

ANTRAG

der Fraktion der CDU

Mobilität für junge Menschen sicherstellen – Führerschein bezahlbar machen und Ausbildungswege erleichtern

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Mobilität ist für junge Menschen im ländlichen Raum eine zentrale Voraussetzung für berufliche und gesellschaftliche Teilhabe. Die dramatisch gestiegenen Kosten für den Erwerb eines Führerscheins, insbesondere der Klasse B, stellen jedoch eine erhebliche finanzielle Belastung dar. Laut Fahrlehrerverband zahlen Fahranfänger in Mecklenburg-Vorpommern inzwischen durchschnittlich 3 000 Euro für den Führerschein, was für viele eine unüberwindbare Hürde darstellt. Hinzu kommen komplexe Prüfungsanforderungen, gestiegene Betriebskosten für Fahrschulen und die mangelnde Verfügbarkeit von Prüfeterminen, die den Erwerb des Führerscheins zusätzlich erschweren.
2. Das Deutschlandticket, das seit 2021 für Auszubildende in Mecklenburg-Vorpommern bezuschusst wird, ist für viele junge Menschen im ländlichen Raum keine geeignete Lösung, da öffentliche Verkehrsmittel oft nicht ausreichend oder zu unflexibel sind, um eine verlässliche An- und Abreise zu Ausbildungsplätzen oder Arbeitsstätten zu gewährleisten. Insbesondere in abgelegenen Gebieten bleibt der Zugang zu Mobilität für Auszubildende oft problematisch.

II. Die Landesregierung wird aufgefordert,

1. ein Optionsmodell für Auszubildende einzuführen. Dieses Modell soll den Auszubildenden die Wahl zwischen einem Zuschuss zum Azubi-Ticket oder einem einmaligen Zuschuss zum Führerschein bieten. Der Zuschuss soll an den erfolgreichen Ausbildungsabschluss gekoppelt werden, etwa durch Rückzahlungsverpflichtungen bei Abbruch der Ausbildung.

2. auf Bundesebene darauf hinzuwirken, Möglichkeiten zur Senkung der Kosten und zur Vereinfachung der Führerscheinprüfungen zu prüfen und sich für deren Umsetzung einzusetzen. Insbesondere soll auf folgende Aspekte eingegangen werden:
 - a) Umfang und Inhalte der Theorieprüfung. Der in den letzten Jahren stark zugenommene Umfang soll kritisch überprüft und Vereinfachungsmöglichkeiten sollen identifiziert werden, beispielsweise durch Reduzierung der Zahl und Komplexität der Prüfungsfragen. Ziel muss es sein, die Durchfallquote und damit verbundene Wiederholungskosten zu senken, ohne die Verkehrssicherheit zu gefährden.
 - b) Nutzung digitaler Technologien zur Optimierung des Prüfungsprozesses.
 - c) Sicherstellung der ausreichenden Verfügbarkeit von Prüfkapazitäten bei Technischen Prüfstellen, um Wartezeiten und zusätzliche Kosten durch verzögerte Prüfungen zu vermeiden. In diesem Zusammenhang soll geprüft werden, warum die Ausbildung und Prüfung ausschließlich bei der TÜV-Gruppe erfolgen muss und ob alternative Modelle sinnvoll wären.
 - d) Vereinfachung und Harmonisierung der Regelungen für Anhängerführerscheine. Insbesondere müssen Jugendliche, die bereits die Führerscheinklasse T (Traktor) besitzen, bei der Erlangung der Führerscheinklasse B automatisch die Klasse BE erhalten.
 - e) Die Klasse AM soll als vollwertige Führerscheinklasse anerkannt werden. Bei einer Erweiterung auf A1, A2 oder A sollen bereits geprüfte und erworbene Kenntnisse in Theorie und Praxis angerechnet werden, um Schulungs- und Prüfungsaufwand zu reduzieren.
 - f) Erleichterung der Weiterbildung von Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern zu Fahrprüferinnen und Fahrprüfern durch Entkopplung der Anerkennungsvoraussetzungen von einem Ingenieurstudium oder einer Ingenieurausbildung.

Daniel Peters und Fraktion

Begründung:

Im ländlichen Raum stellt der Zugang zu Mobilität eine zentrale Herausforderung für junge Menschen dar. Öffentliche Verkehrsmittel sind häufig nicht ausreichend oder zu unflexibel, um beispielsweise den Anforderungen des Berufs- und Ausbildungsalltags gerecht zu werden. Das Deutschlandticket ist daher für viele Auszubildende keine praktikable Lösung. Ein Führerscheinzuschuss würde die Mobilität in den ländlichen Gebieten erheblich verbessern und gleichzeitig jungen Menschen helfen, ihre beruflichen Perspektiven zu erweitern.

Das vorgesehene Optionsmodell gibt den Auszubildenden die Freiheit, die für sie passende Unterstützung zu wählen. Insbesondere für jene, die in Gebieten ohne ausreichenden öffentlichen Nahverkehr leben, bietet der Führerscheinzuschuss eine sinnvolle Alternative. Gleichzeitig bleibt das Azubi-Ticket eine attraktive Option für diejenigen, die von öffentlichen Verkehrsmitteln profitieren können.

Die Verknüpfung des Führerscheinzuschusses mit dem erfolgreichen Ausbildungsabschluss gewährleistet eine zielgerichtete Förderung und schafft Anreize, die Ausbildung erfolgreich abzuschließen.

Darüber hinaus ist es im Sinne aller Fahrschülerinnen und -schüler notwendig, strukturelle Hindernisse beim Erwerb der Fahrerlaubnis zu adressieren. Die aktuell hohen Führerscheinkosten, die durchschnittlich bei 3 000 Euro liegen, stellen eine erhebliche Belastung dar und führen dazu, dass viele junge Menschen inzwischen keinen Führerschein mehr anstreben, obwohl dieser gerade im Berufsleben eine wichtige Schlüsselqualifikation ist. Vereinfachungen bei der Theorieprüfung, die Nutzung digitaler Lösungen und angepasste Rahmenbedingungen für Fahrschulen können dazu beitragen, die Kosten zu reduzieren, ohne die Verkehrssicherheit zu gefährden. Außerdem müssen Wartezeiten für Prüfungen verkürzt und übermäßige Anforderungen, beispielsweise bei Anhängerführerscheinen, überprüft werden.

Jugendliche, die bereits tonnenschwere landwirtschaftliche Anhänger sicher führen dürfen, sollten nicht durch zusätzliche Prüfungen belastet werden, wenn sie dieselben Fähigkeiten im Straßenverkehr mit einem Pkw einsetzen möchten. Eine automatische Erweiterung von T auf BE ist daher eine notwendige und logische Harmonisierung.

Ebenso sollte die Führerscheinklasse AM (Rollerführerschein) als vollwertige Klasse anerkannt werden. Bei einer Erweiterung auf A1, A2 oder A sollten bereits geprüfte Kompetenzen aus Theorie und Praxis angerechnet werden, um unnötige Wiederholungen und Kosten zu vermeiden. Dies würde nicht nur Fahrschüler entlasten, sondern auch den Fahrschulen helfen, effizienter zu arbeiten.

Der Anstieg der Kosten ist auch durch eine unzureichende Verfügbarkeit von Prüfungskapazitäten bei Technischen Prüfstellen bedingt. Dies führt in der Folge oft zu langen Wartezeiten und damit verbunden zu zusätzlich notwendigen Fahrstunden. Eine Öffnung der Fahrerlaubnisprüfung für zusätzliche Anbieter könnte dazu beitragen, diese Engpässe zu beseitigen, ohne die Qualität oder Verkehrssicherheit zu gefährden.

Darüber hinaus erschweren übermäßig restriktive Voraussetzungen für die Qualifikation als Fahrprüferin oder Fahrprüfer den Zugang zu diesem Beruf. Die Entkopplung der Anerkennungsvoraussetzungen von einem Ingenieurstudium oder einer Ingenieurausbildung würde es qualifizierten Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern ermöglichen, sich leichter weiterzubilden und Prüfungen durchzuführen. Dies könnte das bestehende Defizit an Prüferkapazitäten entschärfen.

Diese Maßnahmen tragen dazu bei, die Mobilität junger Menschen nachhaltig zu fördern, die Barrieren für den Führerscheinwerb zu senken und somit die Teilhabe am beruflichen und sozialen Leben zu erleichtern.